

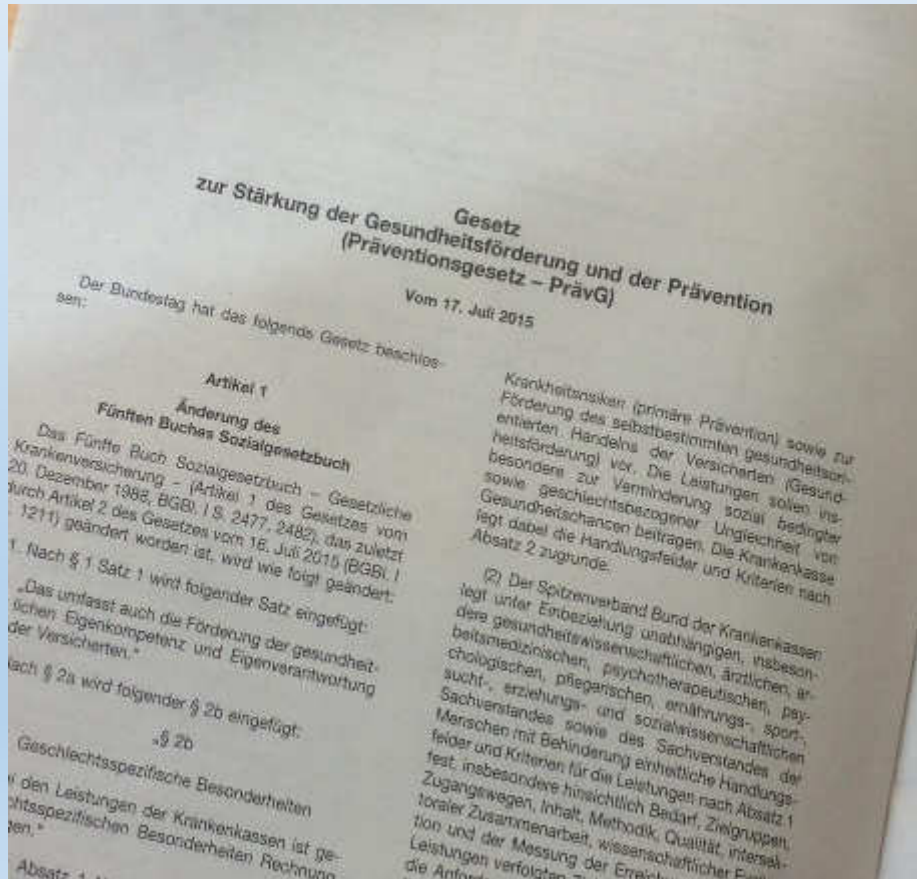


Was bedeutet das neue Präventionsgesetz für die Bundes-, Landes- und kommunale Ebene?

Olaf Liebig

Leiter des Referats „Rechtsfragen der primären Prävention und Gesundheitsförderung, Betriebliche Gesundheitsförderung, Präventionsforschung“

Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention – BGBl. I S.1368



- PrävG vom 17. Juli 2015
- In Kraft seit dem 25. Juli 2015
- Sozialversicherungsrecht

Grenzen: Föderale Kompetenzordnung

- Bund: **keine umfassende Kompetenzen** zur Regelung von Gesundheitsförderung und Prävention
- Bund: Zuständig für Regelung der **Sozialversicherung**

Ziele

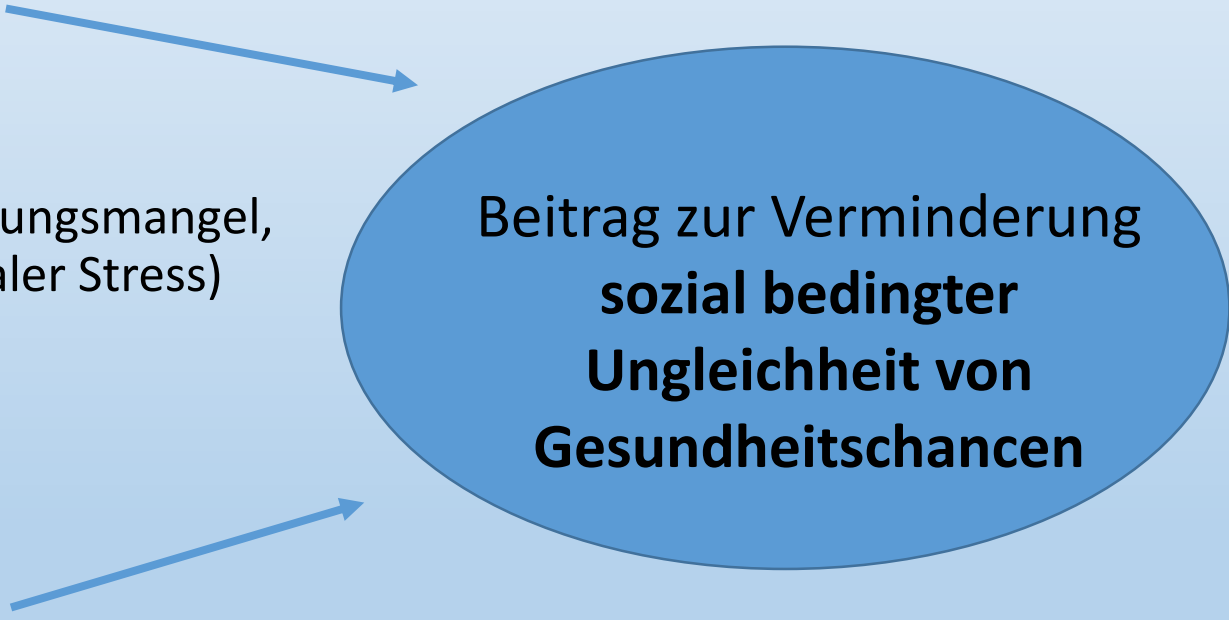
- **Krankheitsprävention:**

Verhinderung und Verminderung von Krankheitsrisiken

(insb. Adipositas, unausgewogene Ernährung, Bewegungsmangel, Rauchen, übermäßiger Alkoholkonsum, psychosozialer Stress)

- **Gesundheitsförderung:**

Förderung des selbstbestimmten gesundheitsorientierten Handelns



Beitrag zur Verminderung
**sozial bedingter
Ungleichheit von
Gesundheitschancen**

Eckpunkte – Maßgaben des Koalitionsvertrags

- Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung in **Lebenswelten** wie Kita, Schule u. Pflegeheim
- Stärkung der **betrieblichen Gesundheitsförderung** und Verzahnung mit dem **Arbeitsschutz**
- Einbeziehung aller **Sozialversicherungsträger**
- Verbesserung der **Kooperation** und **Koordination** aller Sozialversicherungsträger sowie der Länder und Kommunen über Landes-Rahmenvereinbarungen unter Berücksichtigung einheitlicher Gesundheitsziele
- Stärkung der ärztlichen **Gesundheitsuntersuchungen** bei Kindern und Erwachsenen ◀
- Erhöhung der **Impfquoten**

Schwerpunkt: Lebenswelten

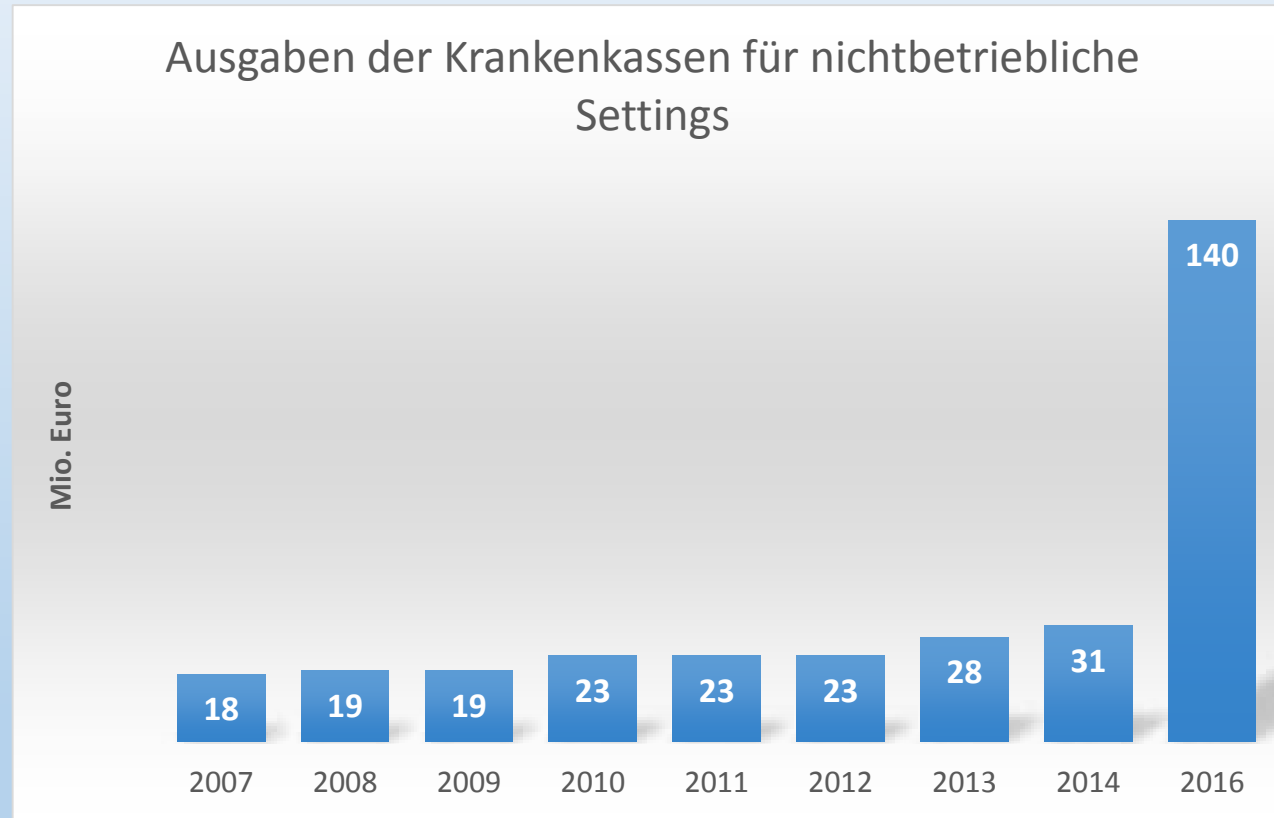
- **§ 20a SGB V:** für die Gesundheit bedeutsame, abgrenzbare soziale Systeme insbesondere
 - des Wohnens,
 - des Lernens,
 - des Studierens,
 - der medizinischen und pflegerischen Versorgung sowie
 - der Freizeitgestaltung

- **§ 20b SGB V:** Gesundheitsförderung im Betrieb

Schwerpunkt: Lebenswelten

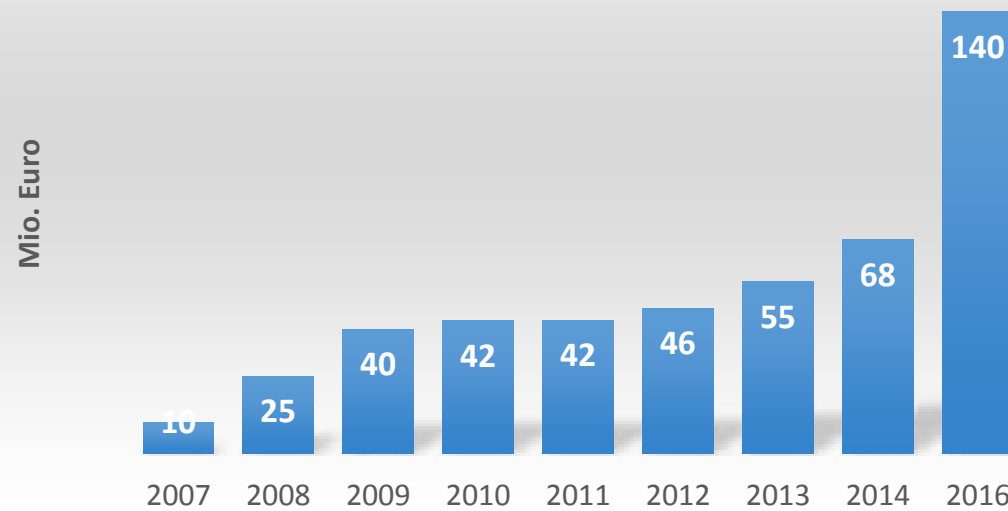
- **Mehr** Leistungen der Krankenkassen
- **Kassenübergreifende** Leistungen der Krankenkassen ...
- ... mit Hilfe der **BZgA** u.a. in Kitas, Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und in den Lebenswelten älterer Menschen
- Verbesserung der **Kooperation** der Akteure und der **Koordination** der Leistungen

Mehr Leistungen in nicht-betrieblichen Lebenswelten



Mehr Leistungen in betrieblichen Lebenswelten

Ausgaben der Krankenkassen für Betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren



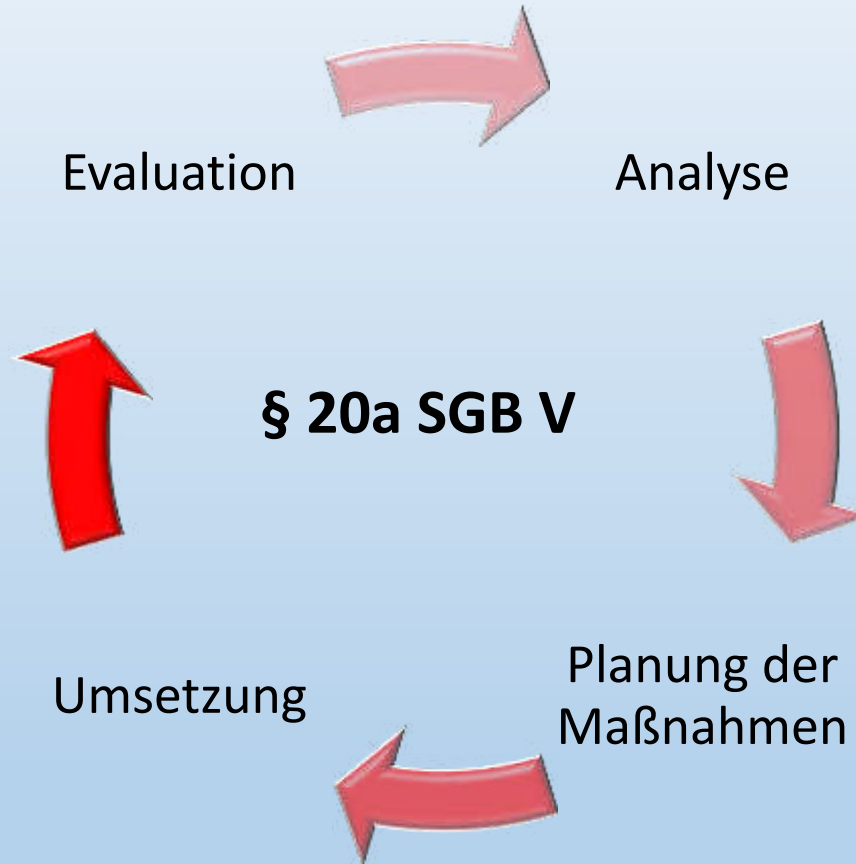
Leistungen in Lebenswelten

§ 20a SGB V:

Krankenkassen

- fördern mit ihren Leistungen den Aufbau und die Stärkung gesundheitsförderlicher **Strukturen** in den Lebenswelten und
- arbeiten **zusammen** und erbringen Leistungen **kassenübergreifend**,
- beteiligen die Betroffenen,
- werden von der **BZgA** unterstützt bei der
 - Entwicklung **kassenübergreifender** Leistungen,
 - Evaluation.

Leistungen in Lebenswelten



Partizipation der Zielgruppen und der Stakeholder

Adressaten: Sozialversicherungsträger

Krankenkassen
Primärprävention
Gesundheitsförderung

Unfallversicherung
Verhütung von Unfällen u.
arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren

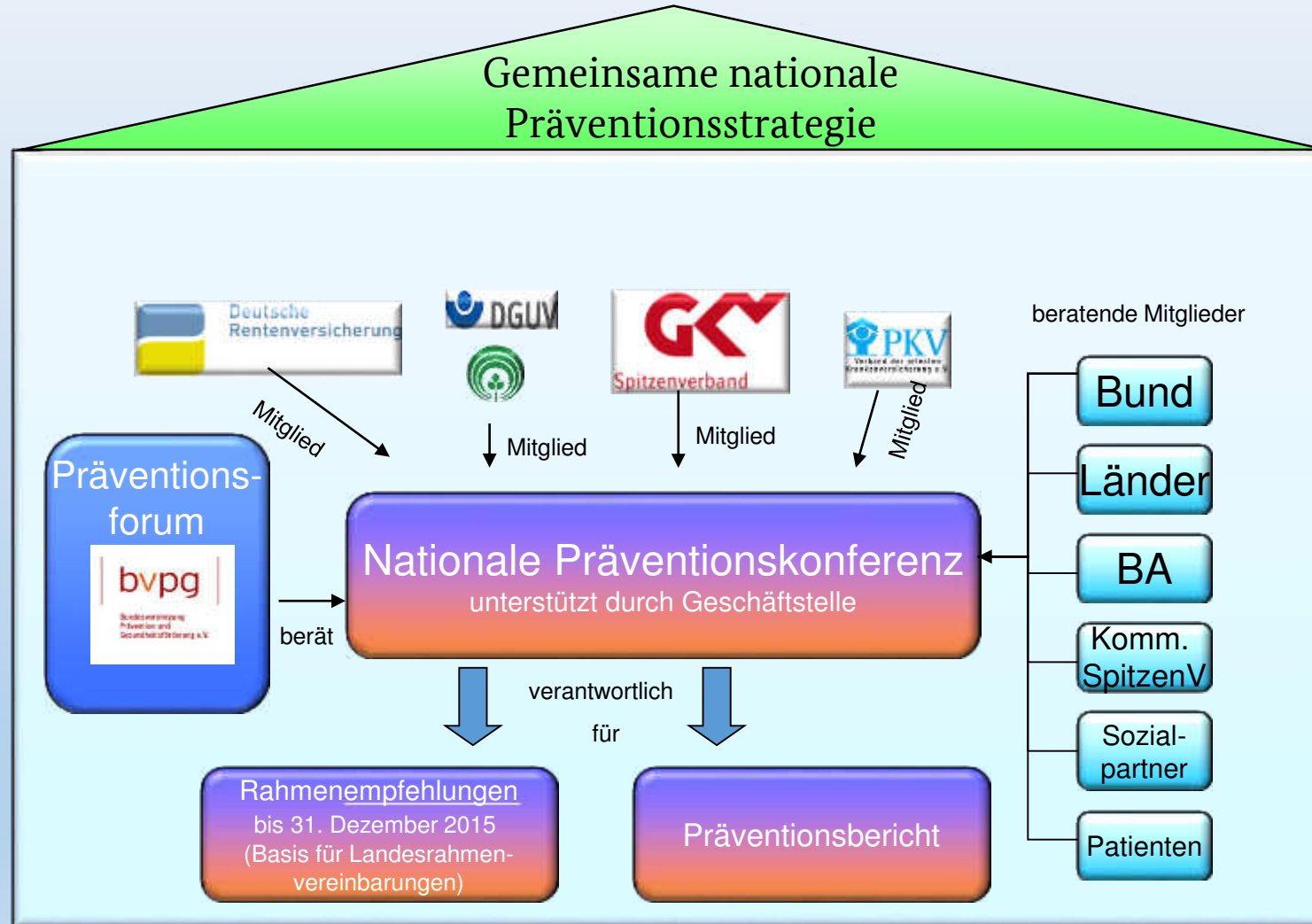
Gesundheitsförderung
&
Prävention

Rentenversicherung
Sicherung der Erwerbsfähigkeit

Pflegeversicherung
Primärprävention und
Gesundheitsförderung
in Pflegeeinrichtungen

Lebensphase	Zielgruppe	Lebenswelt	Träger	Organisationen u. Einrichtungen
Kinder und Jugendliche	Werdende, junge Familien, Alleinerziehende, Kinder in der Kita-Phase	Kommune (zB Stadtteiltreff) Kita	Krankenkassen Unfallversicherung	Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Familienberatungsstellen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Kita-Träger, Jugendhilfe, (Sport)Vereine,
	Kinder und Jugendliche	Schule (auch Hochschulen) Freizeiteinrichtungen	Krankenkassen, Unfallversicherung	Schulträger, Kommunen, Länder, Sportvereine
Erwachsene	Erwerbstätige	Betrieb	Krankenkassen, Unfall- und Rentenversicherung	Arbeitgeber, Betriebsräte, Betriebsärzte, Fachkräfte f. Arbeitssicherheit, Arbeitsschutzbehörden
	Arbeitslose	Kommune	Krankenkassen, Unfallversicherung	Arbeitsagenturen, Jobcenter, Kommunen, Qualifizierungsträger
Ältere Menschen	Personen nach der Erwerbsphase	Kommune	Krankenkassen	Seniorenzentren, Wohnungsbaugesellschaften, Wohlfahrtsverbände, (Sport)Vereine
	Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen	Pflegeeinrichtung	Pflegekassen, Unfallversicherung, Krankenkassen, Rentenversicherung	Wohlfahrtsverbände, Kultur- Freizeitvereine

Bundesebene: Kooperation & Koordination



Landesebene: Kooperation & Koordination



Weitere Fragen

- Welche „regionalen Erfordernisse“ sind zu berücksichtigen?
- Könnten die „regionalen Erfordernisse“ Auswirkungen auf den Auftrag der BZgA haben?
- Wie werden bestehende bewährte Strukturen und Maßnahmen einbezogen?
- Wie stellen die Krankenkassen und Pflegekassen sicher, dass sie zusammen arbeiten?
- Wie werden weitere Sozialversicherungsträger einbezogen?
- Welche Rolle nehmen die Einrichtungen (zB Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen) und die hierfür politisch Verantwortlichen ein?
- Welche Rolle nimmt die Landesvereinigung ein?

Stand des Verfahrens





Bundesministerium
für Gesundheit

Vielen Dank für Ihr Interesse!

Olaf Liebig

Leiter des Referats „Rechtsfragen der primären
Prävention und Gesundheitsförderung,
Betriebliche Gesundheitsförderung,
Präventionsforschung“

olaf.liebig@bmg.bund.de